

Antrag

der Abgeordneten Hans-Günter Bruckmann, Ludwig Stiegler, Sören Bartol, Uwe Beckmeyer, Petra Bierwirth, Dr. Peter Danckert, Annette Faße, Rainer Fornahl, Gabriele Groneberg, Lothar Ibrügger, Ernst Kranz, Ute Kumpf, Dr. Christine Lucyga, Heinz Paula, Karin Rehbock-Zureich, Thomas Sauer, Siegfried Scheffler, Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Wolfgang Spanier, Petra Weis, Reinhard Weis (Stendal), Dr. Margrit Wetzels, Heidi Wright, Franz Müntefering und der Fraktion der SPD

sowie der Abgeordneten, Winfried Hermann, Albert Schmidt (Ingolstadt), Volker Beck (Köln), Franziska Eichstädt-Bohlig, Peter Hettlich, Rainer Steenblock, Katrin Göring-Eckardt, Krista Sager und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Luftverkehrsstandort Deutschland – Koordination und Kooperation verbessern – Nachhaltigen Luftverkehr für die Zukunft sichern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Luftverkehr ist ein bedeutender Verkehrsträger in der Bundesrepublik Deutschland. Das Flugzeug ist selbstverständliches Transportmittel für Waren- und Güterverkehre und wird für Geschäfts- und Urlaubsreisen vorausgesetzt. Dabei zeigen die Wachstumsprognosen sowohl im Waren- als auch im Personenverkehr wieder einen deutlichen Aufwärtstrend. Hierbei zeigen sich überdurchschnittliche Zuwächse im Bereich der Auslandsflüge im Vergleich zur geringeren Steigerung bei Inlandsflügen.

Nach den weltweiten Einbrüchen infolge der Terroranschläge in den USA am 11. September 2001 und der SARS-Krise in 2002 wächst der Luftverkehr auch in Deutschland wieder kräftig. Das zeigen die Zuwachsraten im Personen- und Cargoverkehr. Ein Teil dieser Nachfrage wird durch die Niedrigpreisangebote der Lowcost-Carrier erst neu hervorgebracht.

Luftverkehr und Luftverkehrswirtschaft sind wichtige Wirtschaftsfaktoren für die gesamte Bundesrepublik Deutschland. Viele Flughäfen sind in ihren Regionen Wachstumsmotoren und die Luftverkehrsdrehkreuze als Verkehrsschnittstellen heute unverzichtbarer Bestandteil einer modernen Hochtechnologiegesellschaft in einer global vernetzten Welt. Deutschland muss seine Luftverkehrsinfrastruktur daher dem wachsenden Bedarf nach internationaler Mobilität anpassen. Dementsprechend muss der Ausbau der Kapazitäten auch den Anforderungen der Kunden nach Sicherheit, Wirtschaftlichkeit, Pünktlichkeit, Passagierkomfort und Umweltschutz genügen.

Gerade die Bundesrepublik Deutschland ist als Exportland auf gute kontinentale und interkontinentale Anbindungen angewiesen und muss entsprechende

Infrastruktur bereithalten. Dies gilt insbesondere für die Einbindung in die EU und die Weltwirtschaft. Im Interesse eines effizient genutzten Luftraums und zur Überwindung vorhandener Engpässe am Boden, die mögliches Wachstum unnötig bremsen, muss die Akzeptanz des Luftfahrtstandortes Deutschland im In- und Ausland verbessert werden. Dies kann nur durch ein enges gemeinsames Vorgehen von Politik und Wirtschaft und durch transparente Verfahren erreicht werden, bei denen die Öffentlichkeit frühzeitig eingebunden wird (Positives Beispiel ist dabei das Mediationsverfahren am Flughafen Frankfurt am Main/Regionales Dialogforum). Die Koalitionsfraktionen begrüßen daher die Initiative „Luftverkehr für Deutschland“.

Das Wachstum im Luftverkehr schafft weitere Arbeitsplätze. Die Herausforderungen wachsender Mobilität bieten zudem große Entwicklungschancen für Fluggesellschaften, Flughäfen, Flugsicherung und Dienstleister, die alle wiederum positiv auf ein großes Umfeld ausstrahlen. Das prognostizierte Wachstum im Luftverkehr könnte in den nächsten 10 Jahren bis zu 100 000 neue Arbeitsplätze schaffen.

Neben vielen positiven Aspekten des Flugverkehrs müssen eine Reihe negativer Folgen in den aktuellen Entwicklungen korrigiert werden. Dies ist im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung und langfristigen Sicherung des Luftverkehrsstandortes Deutschland unabdingbar. Gleichzeitig mit der prognostizierten dynamischen Entwicklung des Flugverkehrs rücken auch dessen Umweltbelastungen durch Schadstoff- und Lärmemissionen weiter in den Fokus. So ist die Klimabelastung durch den Flugverkehr ein Problem, dem sich die Bundesregierung mit ihrer Nachhaltigkeitsstrategie „Perspektiven für Deutschland“ angenommen hat. Wir unterstützen daher auch die Bemühungen der Bundesregierung um einen europäischen Abstimmungsprozess für eine EU-weite Kerosinsteuer sowie ihre Initiative bei der ICAO darauf hinzuwirken, dass der Flugverkehr einen verbindlichen Beitrag zur Reduktion der Treibhausgase leistet. In diesem Sinne unterstützen wir die Bemühungen der Bundesregierung, sich im Rahmen der Verhandlungen zur Fortentwicklung des Kioto-Protokolls dafür einzusetzen, dass die Emissionen des internationalen Flug- und Schiffsverkehrs in zukünftigen Verpflichtungszeiträumen den nationalen Inventaren für Treibhausgase zugeordnet und damit auch in die Minderungspflichten einbezogen werden. Hierbei müssen allerdings die besonderen internationalen Wettbewerbsbedingungen berücksichtigt werden.

Auch dem Problem des Fluglärms werden wir durch die Novellierung des Fluglärmgesetzes begegnen. Die deutschen Verkehrsflughäfen haben bis Ende 2002 550 Mio. Euro für Schallschutzmaßnahmen aufgewendet, für die Zukunft werden weitere Aufwendungen und aktive Lärmschutzmaßnahmen notwendig werden, wenn im Zuge wachsender Standorte ein fairer Interessenausgleich und dauerhafte Akzeptanz zwischen allen Beteiligten erzielt werden soll. Dazu gehört auch, dass nicht Bauland in der Nähe von Flughäfen ausgewiesen wird und dadurch die Städte und Gemeinden dem geminderten Lärmgürtel folgend an die Flughäfen heranrücken. Ebenso muss die Luftfahrtindustrie weiterhin an aktivem Schallschutz mitwirken. Beispiele wie der Triebwerksbau zeigen, dass ökologische Verantwortung und ökonomischer Erfolg einander bedingen können.

Derzeit entstehen in vielen Bundesländern scheinbar unkontrolliert Regionalflughäfen, die mit öffentlichen Subventionen Billigflieger anlocken. Dies schwächt die bestehenden Flughäfen, verbraucht durch die Zersiedlung der Landschaft unnötige Fläche und bindet private und öffentliche Investitionsmittel in hohem Maß, meist ohne gesicherte Aussicht auf Erfolg. Gerade in strukturschwachen Regionen werden von Airlines sehr hohe Erwartungen geweckt, die in der Realität nur schwer zu erfüllen sind. Diese Tendenz wird mit Sorge gesehen.

Sinnvoll ist die integrative Vernetzung der Verkehrsträger. Die Verknüpfung von Bahn und Flugzeug, wie in Köln/Bonn oder Frankfurt am Main sind hier beispielgebend. Mit Blick auf die Gesamtsituation ist die Vernetzung von Bahn- und Flugverkehr derzeit noch verbesserungsbedürftig.

In Anerkennung der Chancen, aber auch der realen Belastungen und Risiken im Luftverkehrsstandort Deutschland sind wichtige Richtungsentscheidungen zu treffen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung daher auf,

- sich gemeinsam mit den Ländern für die Erstellung eines Masterplans für eine bundesweit effizientere Flughafenplanung einzusetzen, um die bestehenden internationalen Hubs zu stärken und die Regionalflughäfen besser zu koordinieren,
- zu prüfen, ob und inwieweit eine Verlagerung der Planungskompetenz zu Gunsten des Bundes zukünftig möglich werden kann, um im Sinne einer verbesserten Koordination und Integration eine enge Verknüpfung und Verzahnung internationaler Verkehrsflughafenstandorte mit dem gesamten Infrastrukturnetz des Bundes zu gewährleisten,
- zu prüfen, inwieweit es vor dem Hintergrund der immer wichtiger werdenden europäischen Dimension des Luftverkehrs zukünftig eine europäische Abstimmung bei der Flughafenplanung geben sollte,
- die vorhandene deutsche Flughafeninfrastruktur insbesondere im Hinblick auf die Funktion Deutschlands als internationaler Luftverkehrsstandort wettbewerbsfähig weiterzuentwickeln, als Aufgabe von nationaler Bedeutung voranzutreiben und einer weiteren Zerfaserung der Flughafeninfrastruktur entgegenzuwirken,
- durch eine Harmonisierung der steuerlichen Rahmenbedingungen faire Wettbewerbsbedingungen zwischen den Verkehrsträgern zu schaffen,
- einen Gesetzentwurf zur Novellierung des Fluglärmsgesetzes vorzulegen, um den Schutz der Menschen vor der Belastung durch Fluglärm deutlich zu verbessern, aber auch um den Betreibern Planungssicherheit zu verschaffen,
- bei den Umsetzungen der Umgebungslärmrichtlinie und der Betriebsbeschränkungsrichtlinie der EU die Handlungsspielräume für aktiven Lärmschutz zu nutzen,
- zu prüfen, ob und inwieweit eine Bündelung von Kompetenzen und Ansprechpartnern an einer zentralen Stelle die Position des Luftfahrtstandortes Deutschland national und international stärken könnte,
- sich dafür einzusetzen, dass gleichwertige Sicherheitsstandards weltweit zur Geltung kommen und dabei Technologien einzusetzen, die gegenseitig anerkannt werden,
- bei der Forschungsförderung die Entwicklung lärmarmer, umwelt- und klimafreundlicher Flugzeuge und alternativer Treibstoffe zukünftig stärker zu berücksichtigen.

Berlin, den 15. Dezember 2004

Franz Müntefering und Fraktion

Katrin Göring-Eckardt, Krista Sager und Fraktion

